

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1919

197 (18.7.1919) Erstes und Zweites Blatt

Seitenspreis: in Karlsruhe frei ins Haus geliefert monatlich 1.00 M., vierteljährlich 2.70 M., an den Ausgabestellen abgeholt monatlich 1.80 M. Auswärts durch die Post frei ins Haus gebracht vierteljährlich 3.50 M., Einzelnummer 10 Pf.

Berlin, Schriftleitung und Geschäftsstelle Ritterstraße 1.

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Anzeigen: die Gesch. Nonnenreligion oder deren Raum 25 Pf., Kleinaussagen 1 Pf., an erst. Stelle 1.20 M., auf diese Weise 30% Ermäßigung. Abat nach Tarif. Anzeigenannahme bis 12 Uhr mittags, spätere Anzeigen bis 4 Uhr nachmittags. Fernsprechanzeige: Geschäftsstelle Nr. 208, Berlin Nr. 207, Schriftleitung Nr. 20 u. 204.

Geschäftsführer: Gaston Reppert; verantwortl. für Politik: Martin Solinger; für Baden, Völkerei und Redaktion: Dr. Kurt Dietrich; für Baden, Völkerei und Redaktion: Dr. Kurt Dietrich; für Baden, Völkerei und Redaktion: Dr. Kurt Dietrich; für Baden, Völkerei und Redaktion: Dr. Kurt Dietrich.

116. Jahrg. Nr. 197.

Freitag, den 18. Juli 1919

Erstes Blatt.

Vermögensabgabe.

Von Dr. August Weber.

Die vielbesprochene neue Vermögensabgabe ist in ihren Grundzügen in diesen Tagen bekannt geworden. Ob sie in den Einzelheiten so bleiben wird, ob die Höhe der Abgabefälle durch die Nationalversammlung nicht noch eine Erhöhung erfährt, steht dahin. Niemand wird voraussetzen können, was sie erbringen wird und ob nach ihrer Durchführung normale Verhältnisse auf unserem Geldmarkt und damit auch im Warenmarkt eintreten werden.

In der „so genannten Proqrammrede“ des neuen Finanzministers Erberger sind über weitere geplante Steuern lediglich Andeutungen enthalten. Wir sagen absichtlich „so genannte“ Proqrammrede, denn niemand wird behaupten, daß Herr Erberger der sämmtlichen Seite des Problems, der Vereinheitlichung der hundertfachen Steuerarten im Reich, auf den Leib gerückt ist und jeder Finanzminister wird in dieser Rede zweierlei bemerkt haben:

1. die Lösung der Frage der Befreiung der schwebenden Schulden im Staat, Reich und Gemeinde und
2. Klarlegung der Absichten der Regierung hinsichtlich der Aufhebung der dem Auslande zu zahlenden Schulden.

Trotz aller Proqrammreden dreier Finanzminister haben wir über die tatsächliche finanzielle Lage Deutschlands abgesehen im Dunkel. Man nennt einige Ziffern, genauer ist nicht bekannt. Bevor die Nationalversammlung die Vermögensabgabe beschließen kann, muß sie die öffentlichen Schulden im Reich kennen. Das Verhältnis der Einzelstaaten zum Reich muß ebenfalls vorher klarsteht werden. Darüber hinaus muß vor allen Dingen im Interesse des deutschen Geldmarktes und zum Zwecke der Senkung der Warenpreise die enorme schwebende Schuld von 75 Milliarden im Reich beseitigt werden. Geld ist das nicht und hört man nicht endlich im Reich und in anderen öffentlichen Gebilden auf. Monat für Monat an allen Ecken und Enden neue schwebende Schulden über die realen Einnahmen hinaus aufzunehmen, so muß eine Vermögensabgabe nicht. Sie wird in ihren Wirkungen nur die Schäden ausweiten, die ein solcher harter Einchnitt in die Vermögensverhältnisse und die Kapitalbildung in Deutschland unter allen Umständen haben muß. Die Nationalversammlung sollte daher zunächst und vor allen Dingen, bevor sie tragend einen Beschluß über die Vermögensabgabe faßt, verlangen, daß die Reichsregierung Vorschläge macht zur Befreiung der schwebenden Schulden und zur Hebung der Reichsfinanzen. Die Befreiung der schwebenden Schulden kann im Wege einer Anwartschaftsleihe erfolgen, um die wir absehen kaum herumkommen. Dabei läßt sich unmöglich eine Verbindung einer solchen Anwartschaftsleihe mit der Vermögensabgabe verbinden, sie wird in allen Verhältnissen zu, daß eine solche Transaktion nicht dahin führen darf, daß der einzelne aus dem Reich durch Aufnahme von Krediten bei Banken usw. nachzukommen, die Vermögensabgabe durch die Möglichkeit zu vermeiden, sie in einer Zeit von dreißig Jahren im Wege der Rente zu tilgen.

Sämtliche Steuern, die seit dem Tage der Revolution eingebracht und genehmigt sind, unterscheiden sich in nichts von den Steuern der Vergangenheit. Von den Einzelheiten der Vermögensabgabe ist nur wenig bekannt geworden. Auffallend ist zunächst, daß die Höhe für die Ermittlung des Vermögenswertes der 31. Dezember 1919 sein soll. Wie hoch schätzt Herr Erberger wohl die Summen ein, die bis zu diesem Tage Deutschland noch verlassen werden? Man merke nicht, ob die Öffentlichkeit sich darüber klar ist, um welche Summen es sich bei den ins Ausland verbrachten Beträgen handelt. Milliarden über Milliarden sind seit Jahr und Tag über die Grenze gegangen und gehen auch heute noch außer Landes. Die öffentlichen Verfall der fundierten Vermögen, die stets richtig deklariert haben, sind die Beitragsenden, die Schieber haben ihr Schicksal gesucht. Was beabsichtigt die Reichsfinanzverwaltung zu tun, um diese Beträge für Deutschland nutzbar zu machen? Darüber steht noch nichts im Communiqué über die Vermögensabgabe und bisher hat man Authentisches über diese Frage auch noch nicht gehört. Es ist hier nicht der Ort, über die Abgabefälle usw. zu sprechen, dazu muß das Gesamtgebiet vorliegen. Wohl aber darf nochmals auf einige der araken Gefahren hingewiesen werden, die diese Vermögensabgabe mit sich im Gefolge haben kann und haben wird, vielleicht weniger für den Privatmann oder den Rentner. Man dieser auch anzuweisen sein auf den vollen Bezug seines bisherigen Einkommens für die nächsten Jahre, so ist er doch weniger wichtig für die Allgemeinheit als der Landwirt und der Gewerbetreibende, der Kaufmann oder der Industrielle. Wer heute im geschäftlichen Leben steht und Gelerntheit erlangt hat, mit Amerikanern oder Engländern wegen Wiederanbahnung des Verkehrs zu verhandeln, wird befähigt sein, daß auf seinem Gebiete drücken ein Manoeuvr an Waren sich zeigt, daß aber überall die Frage des Kredites der Gesamtheit des Volkes, besonders aber auch des einzelnen, sich in den Vordergrund schiebt. Das kann selbstverständlich in erster Linie mit der Arbeitslosigkeit von Ansehlenden und Arbeitern zusammen, die durch ihr teilweise arbeitsloses Auftreten den Staat vollends zu ruinieren drohen aus Teil vielerlei art zu ruinieren beabsichtigen. Aber auch die Kreditwürdigkeit unserer Erwerbstätigen, die durch wichtige Sozialversicherungspläne und durch die beabsichtigten starken finanziellen Einströme des Reiches sicher beeinträchtigt wird, wird dadurch beeinträchtigt. Schließlich der Sozialversicherung kann an dieser Stelle auf die neuen Ausführenden des früheren Staatssekretärs des Reichswirtschaftsamt Dr. August Müller in der letzten Nummer der juristischen Wochenschrift bemerkt werden. Der neue Vermögensantritt der Reiche

Das Recht der unehelichen Mütter.

6. Aus Weimar wird uns berichtet:

Die Geschäftslage der Nationalversammlung erfordert eine schnelle Erledigung des Verfassungsentwurfes, damit die großen Steuergeetze noch bis zum Beginn der Sommerpause unter Dach und Fach gebracht werden. Die geistige Sitzung fand nun wenigstens die Lösung für die weittragende, aber in Wirklichkeit eben doch nur langsame Entwicklung der auf Grund der genau erwohnen Spezialgeetze durchzuführenden Reformfragen auf dem Gebiete der Ehe und Mutterrecht mit den unehelichen Kindern. Die meisten radikalen Forderungen der Unabhängigen und auch der Mehrheitssozialdemokraten wurden abgelehnt. Sehr zu begrüßen ist die Annahme des sozialdemokratischen Antrages, wonach die unehelichen Mütter auch im amtlichen Verkehr auf die Bezeichnung Frau Anspruch haben. Das ist ein großer Fortschritt und führt nicht zu den Komplikationen und Widersprüchen, die durch das Recht der unehelichen Kinder auf den Namen des in oft unbekanntem Vaters entstehen müßten. Im allgemeinen haben sich gestern die Demokraten für die Durchführung der mittleren Linie Verdienste erworben. Auf ihren Antrag wird a. B. über die Fassung des Ausschusses hinaus die Mutterhaft besonders unter den sozialen Schichten des Staates gestellt. Die Beratung ging dann weiter auf die Fürsorgeerziehung ein. Obgleich der demokratische Abg. Koch-Cassel wieder daran erinnerte, daß die Verfassung kein Zummehlag für Parteipolitik sei, trugen die sozialdemokratischen Redner auch hier ihr agitatorisches Argument vor. In der Nachmittagsitzung wurde der ganze Abschnitt Religion und Religionsgesellschaften erledigt, der sich auf die Glaubensfreiheit, die Freiheit der Religionsausübung, die Freiheit der Vereinigung der Religionsgesellschaften, den Schutz der Sonn- und Feiertage als Tage der Arbeitsruhe bezieht. Der Bericht der Unabhängigen, bei dieser Gelegenheit die staats- und vermögensrechtliche Trennung von Staat und Kirche durchzuführen, hatte keinen Erfolg. Die Beratung verlief sachlich und glatt. Der Abg. Müller wurde im wesentlichen in der Ausfertigung angenommen mit einem Antrag der Deutsch-Nationalen auf Aufrechterhaltung der Staatsleitung für die Religionsgesellschaften.

Das Recht der unehelichen Mütter.

6. Aus Weimar wird uns berichtet:

Die Geschäftslage der Nationalversammlung erfordert eine schnelle Erledigung des Verfassungsentwurfes, damit die großen Steuergeetze noch bis zum Beginn der Sommerpause unter Dach und Fach gebracht werden. Die geistige Sitzung fand nun wenigstens die Lösung für die weittragende, aber in Wirklichkeit eben doch nur langsame Entwicklung der auf Grund der genau erwohnen Spezialgeetze durchzuführenden Reformfragen auf dem Gebiete der Ehe und Mutterrecht mit den unehelichen Kindern. Die meisten radikalen Forderungen der Unabhängigen und auch der Mehrheitssozialdemokraten wurden abgelehnt. Sehr zu begrüßen ist die Annahme des sozialdemokratischen Antrages, wonach die unehelichen Mütter auch im amtlichen Verkehr auf die Bezeichnung Frau Anspruch haben. Das ist ein großer Fortschritt und führt nicht zu den Komplikationen und Widersprüchen, die durch das Recht der unehelichen Kinder auf den Namen des in oft unbekanntem Vaters entstehen müßten. Im allgemeinen haben sich gestern die Demokraten für die Durchführung der mittleren Linie Verdienste erworben. Auf ihren Antrag wird a. B. über die Fassung des Ausschusses hinaus die Mutterhaft besonders unter den sozialen Schichten des Staates gestellt. Die Beratung ging dann weiter auf die Fürsorgeerziehung ein. Obgleich der demokratische Abg. Koch-Cassel wieder daran erinnerte, daß die Verfassung kein Zummehlag für Parteipolitik sei, trugen die sozialdemokratischen Redner auch hier ihr agitatorisches Argument vor. In der Nachmittagsitzung wurde der ganze Abschnitt Religion und Religionsgesellschaften erledigt, der sich auf die Glaubensfreiheit, die Freiheit der Religionsausübung, die Freiheit der Vereinigung der Religionsgesellschaften, den Schutz der Sonn- und Feiertage als Tage der Arbeitsruhe bezieht. Der Bericht der Unabhängigen, bei dieser Gelegenheit die staats- und vermögensrechtliche Trennung von Staat und Kirche durchzuführen, hatte keinen Erfolg. Die Beratung verlief sachlich und glatt. Der Abg. Müller wurde im wesentlichen in der Ausfertigung angenommen mit einem Antrag der Deutsch-Nationalen auf Aufrechterhaltung der Staatsleitung für die Religionsgesellschaften.

Das Schuldenproblem.

(Eigener Drahtbericht.)

H. Weimar, 17. Juli. Von zuständiger Seite wird uns über die Bedeutung des Schuldenproblems folgendes mitgeteilt: Der leitende Grundgedanke hierbei ist, daß volle Freiheit der Weltanschauung auch auf dem Gebiete der Schule herrschen und eine Bindung nur bezüglich der Organisation der Schulen einzutreten solle. Der Wille der Erziehungsberechtigten allein soll hier entscheiden, welche Art von Schule das Kind besuchen soll. Die Entscheidung über die Schularten wird wieder dem Reich nach den Ländern, sondern den Schulgemeinden überlassen, die zu verfügen haben, welche der drei zulässigen Schularten innerhalb der Gemeinde zu begründen sind: nämlich Volksschule, Simultanische, bismarckianische Schule (weltliche Schule). Die Gemeinden sind hierbei an den Willen der Gesamttheit der Gemeindeangehörigen gebunden. Von Zeit zu Zeit, etwa alle 5 oder 8 Jahre, findet ein Schulwahltag statt, an dem in der Gemeinde darüber abgestimmt wird, welche der genannten drei Schularten eingerichtet wird. Trotzdem man sich aus Zweckmäßigkeitsgründen für drei Schularten entschieden hat, nimmt man an, daß sich der Gedanke der Einheitschule mit der Zeit doch durchsetzen wird. Mit Rücksicht auf vorhandene konfessionelle Hindernisse, die bei der Abstimmung der Schule nicht zur Geltung kommen können, hat man von einem restlosen Verbot der Privatschulen abgesehen. Ein Reichsgesetz, das diese organisatorischen Ausführungsbestimmungen festlegt, wird bald vorgelegt werden.

Aufhebung der Verkehrsbeschränkungen über den Rhein.

(Eigener Drahtbericht.)

H. Weimar, 17. Juli. Wie aus Paris ameldet wird, sollen nach Erklärungen von Reichs- und Staatskommissar am 30. Juli aufzuheben werden.

Der Beirat für das besetzte Gebiet.

(Eigener Drahtbericht.)

H. Weimar, 17. Juli. In einer Besprechung mit dem Unterstaatssekretär Leubald wurde heute der Beirat bei dem Reichs- und Staatskommissar für das

besetzte Gebiet im Westen gebildet. Er besteht aus 18 Personen, 7 Vertretern des Reichs, 4 Sozialdemokraten, 3 Demokraten, 2 Vertretern der Deutschen Volkspartei und je 1 Vertreter der Deutsch-Nationalen Volkspartei und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.

Saargebiet.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 17. Juli. Auf die deutsche Anreue, die nötigen Vorbereitungen zur Uebernahme der Kohlenabgabe des Saarlandes zu treffen, hat die französische Regierung heute mitgeteilt, daß sie einen Grubendirektor in Valenciennes eines Finanzberaters nach Saarbrücken entsenden wird, der am 23. ds. Mts. mit dem deutschen Beauftragten dort zusammentritt, um das Erforderliche zu vereinbaren. Bei dieser Zusammenkunft soll auch die Frage erörtert werden, wie weit die deutschen Verwaltungsbeamten übernommen werden sollen.

Der Lohn.

(Eigener Drahtbericht.)

H. Paris, 17. Juli. Die „Daily Mail“ meldet, daß die Alliierten beschließen, daß Elia-Lothringen keinen Anteil an den deutschen Reichsschulden zu übernehmen hat.

Das Unterhaus und die Ratifizierung.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 17. Juli. Die „Daily Chronicle“ meldet, daß die britische Regierung das Unterhaus erziehen wird, nachdem Montag das Gesetz über die Ratifizierung des Friedensvertrages, wenn die Zeit es gestattet, in einer Sitzung in allen Stufen zu verhandeln.

Wiederaufnahme des Postverkehrs zwischen Deutschland und Amerika.

(Eigener Drahtbericht.)

Amsterdam, 17. Juli. Laut Radio Radio hat der amerikanische Generalpostmeister die Wiederaufnahme des Postverkehrs zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland angeordnet. Es wird jetzt Post nach allen Teilen Deutschlands unter denselben Bedingungen und Tarifen wie für andere europäische Länder angenommen. Da bisher noch kein direkter Schiffverkehr besteht, wird die Post über Holland, Norwegen und Dänemark geführt.

Die Sühne für die Lösung Mannheimers.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 17. Juli. Wie das B. B. von zuständiger Stelle erfährt, ist in der Angelegenheit des erlöschenden französischen Quartiermachers Mannheimer eine Note des Generals Koch eingegangen, in der die Beilegung des gerichtlichen Verfahrens, Entschädigung wegen des Vorfalles, Uebernahme der Kosten der Bestattung, Zahlung einer Entschädigungssumme von 100 000 Franken für die Familie des Ertrunkenen und Zahlung einer Rente von einer Million Franken in Gold durch die Stadt Berlin verlangt wird.

Die Pariser Presse.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 17. Juli. Die gesamte Pariser Morgenpresse beschäftigt sich mit der Angelegenheit Mannheimer und stellt jetzt bis in die sozialistischen Reihen hin einmütig fest, daß die Tat gegen den französischen Sergeanten zurückzuführen sei auf die intensive alldeutsche Hetze, die namentlich seit drei Wochen offenkundig in Deutschland, vornehmlich aber in Berlin, getrieben wurde. Das dem Minister des Äußeren, Richon, nachschiebende „Paris Journal“ schreibt: Man nehme doch als Beispiel eine gewisse Anzahl durch das Los bestimmter Kriegsgefangener und teil der Regierung des Präsidenten Wert mit, daß für geladete und verurteilte Franzosen mindestens zwei Geiseln von demselben Rang erschossen werden. Dann erst werde die Mission, die der Friedensvertrag uns in Deutschland zu halten angeht, wirklich voll geschickt werden. „Figaro“ sagt: Die deutsche Niederlage und der in der Weltgeschichte beispiellose militärische Zusammenbruch hat das Prestige und die Suprematie Frankreichs in keiner Weise beeinträchtigt. Sie bleibt heute, was sie gestern war. Die Alliierten haben nichts unternommen, um sie zu vermindern. Jetzt aber ist in diesem Kriege genug Blut geflossen. Die „Democratice Nouvelle“ verlangt, daß deutsche Laten ähnlicher Art durch eine Verdrängung in der Bekämpfung deutscher Kriegsgefangener. Auch „Matin“ verlangt, daß dieses Vergehen. Man dürfe sich nicht mit Gefühlsfragen begnügen, sondern es müßten andere Repressalien ergriffen werden. „Paris Journal“ bemerkt übrigens noch, daß an dem Zustande der Erzeugung außer dem Nationalparlament der deutschen Offiziere und dem deutschen Offizierbunde die Sign zur Verteidigung des Kaisers schuld sei. Die Reihen dieser Verbände müßten gelichtet werden.

dem Reich ein Opfer zu bringen, muß um so lauter betonen, daß bei der Vermögensabgabe gerade jenen beiden araken Ständen wesentliche Erleichterungen beschaffen werden müssen, auf deren Arbeit unter anmaes Wohlleben für die Zukunft beruht. Das ist die Landwirtschaft und die Industrie. Gelingt es nicht, diese beiden produzierenden araken Stände auf eine Höhe zu bringen, die die der Vergangenheit noch weit übertrifft, so haben wir keine Aussicht, uns aus der finanziellen Verfallung des Reiches auf eine Höhe zu bringen, die die der Vergangenheit noch weit übertrifft. Jede irrtümliche fühlbare Schwächung dieser araken Gruppen wird sich bitter an der Allgemeinheit rächen. Auffallend ist die Schonung der Gesellschaften. Gewiß ist das Motiv für die Stellungnahme verständlich: sie bevorzugen aber die Gesellschaften vor den Einzelunternehmern so sehr, daß sie bedenklich erscheint. Ein enormer Aufwand wird notwendig sein, um die Verwaltung der aus der Vermögensabgabe dem Reich zuleitenden Objekte durchzuführen. Dazu wird eine eigene Anstalt mit Reichsberücksichtigung gegründet, die, wie angenommen ist, nunmehr schließlich vorbereitet werden dürfte, ein neues Amt zur Verfassungsaufsicht über die Vermögensabgabe, daneben Vermehrung der Zahl der Steuerbeamten, Einführung von Revisionsbeamten zur Kontrolle der vielen Betriebe, an denen der Staat Interesse nehmen muß, ferner eine Mehrzahl von Beamten des Bureaustaffels, der in früheren Jahren von den jetzt regierenden Parteien so außerordentlich lebhaft bekämpft wurde, seit der Revolution aber einen ungeahnten Aufschwung genommen hat und durch die Vermögensabgabe ebenfalls auch noch weiter nehmen wird. Gätte jeder bares Geld oder Wertpapiere liegen, so wäre die Durchführung einfach. Bei der vielfachsten Anlaue der einzelnen Vermögen wird sie außerordentlich schwer sein. Die Rücksichtnahme auf die Kinderzahl im Gesetz ist zu beachten. Die uneingeschränkte Abgabefreiheit der Kirchen sowie der kirchlichen und religiösen Gemeinschaften wird ebenfalls an Erörterungen nach Anlaue geben. Man kann hoffen, daß in der Nationalversammlung sich Stimmen dafür erheben werden, daß, bevor die Vermögensabgabe eingebracht wird, die Frage der Verringerung der Einkommen und Erbschaften erörtert ist. Die Vermögensabgabe läßt sich bei einer richtigen Ausgestaltung der Erbschaftsteuer in Verbindung mit einer guten Einkommensteuer für das Reich wesentlich anders und für die erwerbenden Stände besser durchführbar gestalten, als die Vorlage dies zeigt. Die Reichsfinanzverwaltung sollte diesem Gedanken Beachtung schenken, gegen den sich wohl nirgends Widerspruch erheben würde. Denn die in früheren Jahren üblichen kindlichen Einwürfe gegenüber einer Verringerung des Erbes der Kinder sind nunmehr ein für alle mal beseitigt. Die vorliegende Erbschaftsteuer nimmt zum Teil noch recht niedrige Sätze an. Sie betragen außerordentlich leicht eine Erhöhung, darum habe man den Mut und arbeite Einkommensteuer, Erbschaftsteuer und Vermögensabgabe in eine Rolle zusammen, man wird daselbe Geldebeträum erzielen, das mit den letzten Vorlägen erreicht werden soll. Es wird die Volkswirtschaft nicht unnötig schwächen und dem einzelnen eine freie Betätigung im Erwerbsleben ermöglichen. Das Reich gewinnt dann auch Zeit, jene Erbschaften zu schaffen, die zur Verwaltung der ihm im Wege der Vererbung zuleitenden Vermögensobjekte erforderlich sind. Es überträgt auf diese Weise auf die künftigen Generationen jenen Teil der Lasten, den sie mitzutragen haben, der Geldmarkt aber bleibt frei für jene Lasten, die wir der Entente gegenüber zu übernehmen und abzutragen haben. Vor allem aber muß die Finanzverwaltung auszuweichen werden, die schwebenden Schulden zu beseitigen, die durch die Vermögensabgabe teilweise emittiert, aber doch nicht so abgebaut werden können, als dies durch eine alle Vermögen im Reich gleichmäßig belastende Anwartschaftsleihe geschehen kann. Um eine solche kommen wir, wie gesagt, nicht herum. Es wird Gelegenheit sein, nach Erörtern des Gesetzes seine Einzelheiten zu besprechen.

Deutsche Nationalversammlung.

(Eigener Drahtbericht.)

W. Weimar, 17. Juli. Der Präsident eröffnet die Sitzung mit einem Hinweis auf die Bestimmung der Geschäftsordnung, wonach das Vorleser schriftlich angefertigte Reden nur jenen Mitgliedern gestattet ist, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind. (Seitens.)

Verfassungsentwurf.

(Eigener Drahtbericht.)

In Bezug auf die Ehe wird dem Antrag der demokratischen Fraktion entsprechend beschlossen: Die Ehe steht unter dem Schutze der Verfassung. Die Mutterhaft hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge des Staates. (Die Vorlage sagt über die Mutterhaft nichts.) Der Antrag der Unabhängigen, daß die Mutter des unehelichen Kindes den Anspruch hat, auch im amtlichen Verkehr als Frau bezeichnet zu werden, wird mit 188 gegen 183 angenommen, ferner der Antrag der demokratischen Fraktion: „Den unehelichen Kindern werden durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche, geistige und gesellschaftliche Entwicklung geschaffen, wie den ehelichen Kindern.“ Gleichfalls auf Antrag der demokratischen Fraktion wird die Bestimmung über die Förderung der Familien in folgender Fassung angenommen: „Die Gründung und soziale Förderung der Familie ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden. Kinderlose Familien haben Anspruch auf ausreichende Fürsorge.“ Ferner wird die vom Ausschuss beauftragte Entschädigung angenommen, einen Gleichentwurf vorzulegen, der die rechtliche und soziale Stellung des unehelichen Kindes im beschlossenen Sinne neu regelt.

Art. 120 bestimmt.

(Eigener Drahtbericht.)

Art. 120 bestimmt: „Die Jugend ist gegen Ausbeutung sowie gegen sittliche, geistige und körperliche Verwahrlosung zu schützen. Die Länder haben die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.“

fen. Fürsorgeeinrichtungen im Wege des Zwanges können nur auf Grund des Gesetzes angeordnet werden.

Ein sozialdemokratischer Antrag Frau Käster und Gen. will einen Zusatz angebracht wissen, wonach die Leitung der Fürsorgeanstalten nur erziehungsberechtigten Personen übertragen werden darf.

Ein Antrag Agnes (H.S.) und Gen. verlangt einen Zusatz: „Wegen politischer und religiöser Heberzeugung und Bekämpfung der Erziehungsberchtigten oder der Angehörigen darf eine Fürsorgeanstalt nicht angewendet werden.“ Weiter verlangt er, daß Staat und Gemeinden (also nicht Länder), die zum Schutze der Jugend erforderlichen Einrichtungen (also nicht Maßnahmen) zu treffen haben.

Mag. Frau Käster (Soa.): Unter Antrag ist notwendig, um ungeeignete Elemente aus der Jugend-erziehung fernzuhalten. Wir stimmen auch dem Antrage Agnes zu, weil die Verhängung der Zwangs-erziehung vielfach mißbraucht worden ist.

Nach weiterer Beratung wird Art. 120 angenommen mit dem Abänderungsantrag Agnes und Gen., daß Staat und Gemeinden, nicht die Länder, die zum Schutze der Jugend erforderlichen Einrichtungen schaffen.

Art. 121 gibt allen Deutschen das Recht, sich ohne Anmeldung und ohne besondere Erlaubnis friedlich und unbewaffnet zu versammeln. Nur Versammlungen unter freiem Himmel können nach einem zu erwartenden Reichsgerichte anmeldepflichtig gemacht werden.

Ein Antrag Frau Agnes (H.S.) und Gen. beantragt, den letzten Satz zu streichen. Reichskommissar Dr. Bressi bemerkt, man wolle bedenken, wie alle Versammlungen, so können auch politische Rechte mißbraucht werden. Eine Gefahr für die politische Freiheit entsteht nicht, wenn diese Beschränkung des Versammlungsrechtes angenommen wird.

Die Fassung des Ausschusses wird angenommen.

Art. 127 regelt die Anstellung der Beamten. Art. 128 bestimmt, daß die Beamten Mitglieder der Gesamtheit, nicht einer Partei, seien und daß ihnen die Freiheit ihrer politischen Überzeugung und die Vereinigungsfähigkeit gewährleistet wird.

Dazu liegen außer Anträgen, die die betreffenden Bestimmungen teilweise streichen lassen, ein Antrag Sachs (Soa.) vor, wonach alle Ausnahmestimmungen gegen weibliche Beamten beseitigt werden sollen.

Mag. Delius (Dem.): Die Beamten werden sehen, daß die Nationalversammlung sich ihrer annimmt, da wir ihren Rechten nicht weniger als drei Artikel widmen.

Mag. Steinfort (Soa.) will die Rechte der Beamten soweit als möglich feststellen. Die Regelung bleibt im einzelnen dem Gesetze überlassen.

Reichskommissar Dr. Bressi: Das Beamtenrecht ist in dieser Fassung angenommen worden, weil damals obersteinständige Gerichte im Gange waren, daß die Berufsämter der Beamten und alle Beamten auf Kündigung angestellt werden sollten. Alle Einzelbestimmungen gehören in das Beamtenrecht hinein. Deshalb erheben wir weitere Anträge zu den einzelnen Bestimmungen unzulässig. Die Frage der Personalfrage kann nicht ohne eingehende Erörterung durch einen deutschen Antrag entschieden werden. Die Anwendung der Vorschriften über die Arbeiter- und Angestelltenräte auf die Beamten würde nur Unklarheit schaffen.

Im Besonderen der weiteren Ausdrücke begründet Mag. Dr. Cohn (H.S.) einen Antrag seiner Partei auf Beamtenwahlen.

Nach weiteren Ausführungen wird dieser Antrag abgelehnt.

Außer anderen, mehr formalen Änderungen wird der Antrag Sachs, die Ausnahmestimmungen für weibliche Beamten zu beseitigen, angenommen, desgleichen die Bestimmung, daß den Beamten die Einsicht in ihre Personalakten zu gewähren ist.

Eine Entschärfung des Ausschusses, das Recht der Reichsbeamten geltend zu machen, wird angenommen.

Um 1/2 Uhr wird die Sitzung auf 1/4 Uhr vertagt. Um 1/4 Uhr wird die Sitzung vom Vizepräsidenten Cohnmann wieder eröffnet.

Schriftführer Dr. Pfeiffer verliest ein Telegramm des Präsidenten der Deputiertenkammer der argentinischen Republik, die der Nationalversammlung einstimmig ihre Freude ausdrückt über die Unterzeichnung des Friedens in Versailles, auf den die Welt gewartet habe und mit dem die Nationalversammlung den Fortschritt der Gerechtigkeit und Menschlichkeit Rechnung getragen habe. (Lebhafter Beifall.)

Vizepräsident Cohnmann dankt für die Gefinnung, die in dem Telegramm für unser Land zum Ausdruck gebracht wird. Der Präsident werde das Weitere betrauen.

Hierauf Fortsetzung der Verfassungsberatung. Dritter Abschnitt der Grundrechte: Religion und Religionsgesellschaften.

Mag. Rausbach (Hr.) berichtet eingehend über die Beratungen des Ausschusses. Der Ausschuss habe die Länge des Entwurfes erheblich erweitert.

Die Gestaltung des Friedens.

Paris, 16. Juli. (Wolff.) In der Friedensdelegation der Kammer setzte am Mittwoch Charles Benoist seine Berichterstattung fort. Er führte aus, daß in bezug auf das Saarbecken außer der Volksabstimmung nach 15jähriger Besetzung keine territoriale Entschonung bestehe für den Fall, daß Deutschland den Schaden nicht durchführe. Bezüglich der Klavier über Eljah-Bohringen bedauerte er, daß Landau den Deutschen verbleibe und daß der Vertrag Frankreich nicht die Grenze von 1814 zurücknehme. Er stellte fest, daß die Klavier über Eljah-Bohringen ohne Protest erfolgt sei. Bezüglich Oesterreichs sei es von Bedeutung, daß Deutschland die unbedingte Unabhängigkeit der österreichischen Grenzen anerkenne. Es anerkenne auch die unbedingte Unabhängigkeit der Tschechoslowakei. Die Festlegung der österreichischen Grenzen gegen Polen sei günstig zu nennen. Ein unabhängiges Polen werde als Barriere zwischen den Mittelmächten und dem russischen Reich eine günstige Wirkung erzielen.

Die Kommission hörte nachher einen Bericht über die Schaffung von Schiffahrtswege, Eisenbahnen und den freien Transit durch Deutschland und über die Gleichberechtigung der Alliierten. Die alliierten Staatsangehörigen erhalten bei der gleichen Borteile wie die Deutschen. Gewisse Klauen würden durch den Völkerverbund revidiert werden müssen.

Amsterdam, 16. Juli. (Wolff.) Ant. Allgemein Handelsblad meldet Daily Telegraph, daß in der nächsten Woche die Diskussion über den Friedensvertrag im britischen Unterhaus stattfinden und daß die Premierminister sich an der Debatte beteiligen würden.

Paris, 16. Juli. (Wolff.) Die bulgarische Delegation wird am 25. Juli hier ankommen. Sie ist begleitet von sechs Räten und sechs Sekretären. Dabei befindet sich der frühere Minister Gschow. Paris, 17. Juli. (Wolff.) Die Friedenskommission der Kammer, die gestern die Beratungen über den Friedensvertrag fortsetzte, beschloß, Ministerpräsident Clemenceau über die Frage des linken Rheinufers und anderer Gebietsfragen zu hören. Danach gab der Minister des Auswärtigen Richan Erklärungen über den Völkerverbund ab, der nach seiner Ansicht gegenüber früher einen ungeheuren Fortschritt bedeutet, da alle ihm angehörenden Völker ihre Streitigkeiten einem Schiedsgericht unterbreiten müssen. Deutschland könne nur Mitglied werden nach der allgemeinen Abstimmung und, nachdem es seinen guten Willen durch seine Haltung und hauptsächlich durch Ausführung der Friedensbedingungen bewiesen habe. Richan übergab schließlich die Anträge Bourgeois über die Kontrolle der Rüstungen. Nach ihm suchte Benoist zu beweisen, daß das Saargebiet ehemals französisch gewesen sei.

Amsterdam, 17. Juli. Wie die „Times“ melden, wird die in America am 28. Juli stattfindende Internationale Gewerkschaftskonferenz, auf der auch die Delegierten Deutschlands und Deutschlands anwesend sein werden, die internationale Lage im Lichte des Friedensvertrages betrachten und das Programm für den Internationalen Konvent in Genf, der im Februar nächsten Jahres stattfinden soll, ausarbeiten.

Paris, 16. Juli. (Wolff.) Der Oberste Rat der Alliierten hörte Benizelos an, der über die Besetzung von Albanien berichtete. Die österreichische Delegation hat zwei Noten übermittelt. Die eine verlangt die Fortsetzung der Nahrungsmittellieferungen, die Mitte Juli zu Ende gehen, bis Ende September, die andere macht Bemerkungen über die Schiffahrts- und Luftschiffahrts-Maßnahmen des Friedensvertrages.

Die deutsche Delegation überreichte eine Note mit der Frage, welches die Aufgabe der in Rom gelandeten alliierten Kommissare sei.

Ankunft der letzten deutschen Soldaten aus Saloniki.

(Eigener Drahtbericht.) Danzig, 17. Juli. Der Dampfer „Athenis“ mit den letzten deutschen Soldaten aus Saloniki in Stärke von 100 Mann ist hier eingetroffen.

Nach deutschen Häfen.

(Eigener Drahtbericht.) B. Reuters, 17. Juli. Wie die „Times“ melden, sind aus Saloniki am Montag die ersten dreizehn Schiffe nach deutschen Häfen ausgeselert.

Norwegische Lieferungen für Deutschland.

Christiania, 17. Juli. (Wolff.) Die staatlichen Lager von Serinasmehl und Schellfischmehl in Norwegen und Schweden sind für 1 1/2 Millionen Kronen nach Deutschland verkauft worden. Es handelt sich um etwa 3000 Tonnen Serinasmehl und 1000 Tonnen Schellfischmehl zu je 350 Kronen per Tonne, sowie um 5000 bis 6000 Tonnen Weizenmehl zu je 200 Kronen per Tonne. Der Käufer ist eine deutsche Genossenschaft.

Die Kabelgenur.

London, 17. Juli. (Reuters.) Korker teilt mit, daß die Genur für Kabeltelegraphen am 28. Juli um Mitternacht aufgehoben wird.

England und die „feindlichen“ Ausländer.

London, 17. Juli. (Reuters.) Die Kommission zur Prüfung des Gesetzesentwurfs über die Ausländer erließ eine Bestimmung ein, durch die die Behörden früherer feindlicher Staaten die Ausländer und den Aufenthalt in England während zweier Jahre nach Annahme des Gesetzes verbotenen wird, außer mit dem Erlaubnis des Staatssekretärs des Innern, die allein aus besonderen Gründen erteilt wird.

Italienische Botschaft in Brüssel.

Rom, 16. Juli. (Agenzia Stefani.) Die italienische Botschaft in Brüssel ist zur Botschaft erhoben worden.

Die Gegner Wilsons.

Amsterdam, 17. Juli. (Wolff.) „Daily Herald“ meldet aus Paris, man gebe sich, daß Panjina, White und General Fish, daß die Mehrheit der amerikanischen Delegation dem Präsidenten Wilson einen schriftlichen Protest gegen die Zuweisung von Shantung an Japan unmittelbar nachdem diese Zuweisung beschlossen worden war, überhand habe. Präsident Wilson erwiderte, daß es notwendig gewesen sei, einen der 14 Punkte zu verletzen, um zu verhindern, daß die Japaner aus der Konferenz auscheiden. Die Auswärtigen würde den Protesten gegenüber, besonders da Japan schon gedroht habe, wegen Nichteinhalten der Konferenz zu verlassen. Senator Borah, das Haupt der Wilsongegner im amerikanischen Senat, hat verlangt, daß der Brief veröffentlicht werde. Panjina hat sich bei seiner Abreise aus Paris amerikanischen Pressevertretern gegenüber offen und pessimistisch ausgesprochen. Er erklärte, Optimismus sei nicht gerechtfertigt und bedeute angeht, der vielen kleinen Kriege, die jetzt noch geführt werden, eine Vogelstraußpolitik. Die Weltpolitik werde in den letzten Jahren gewaltig auf die Probe gestellt werden. Man brauche eine entschiedene öffentliche Meinung als ein Hindernis für dunkle Pläne. Internationale Zusammenarbeit sei notwendig, um eine Rückkehr zu egoistischem Partikularismus zu verhindern.

Auswärtige Staaten.

Die Anstufungsfrage.

(Eigener Drahtbericht.) Wien, 17. Juli. Vertreter der österreichischen Regierung sind nach Weimar abgereist. Wie zuverlässig verlautet, ist die Anstufungsfrage an Deutschland in ein neues Stadium getreten. Der italienische Militärbevollmächtigte in Wien hatte in den letzten Tagen eine Reihe eingehender Konferenzen mit den Wiener alliierten Stellen.

Die Vermögensabgabe.

(Eigener Drahtbericht.) Wien, 17. Juli. (Wolff.) Um eine doppelte Versteuerung bei der Vermögensabgabe zu vermeiden, beabsichtigt das Staatsamt der Finanzen, nach dem endgültigen Abschluß der Finanzabgabe Gesetzentwürfe über die Vermögensabgabe einbringen zu lassen, in denen die Vermögensabgabe abgelehnt ist, und mit dem Deutschen Reich herzustellen. Zu diesem Zweck werden die Vertreter des Staatsamtes sich nach Deutschland begeben.

Die Kämpfe im europäischen Osten.

Wien, 17. Juli. Lemburger Blätter berichten, daß die polnischen Truppen am 15. Juli Karolopol annehmen hätten und daß Denikins Truppen weiter nach Osten vorbrächen, um nach dem Verbit die ganze Ukraine zu besetzen. Seine Armee von jetzt 200 000 Mann wachse beständig.

Nach Krautauer Blättern soll Ostgalizien in der Form Autonomie erhalten, daß sein eigenes Parlament die Angelegenheiten der Kultur, des Verkehrs, der örtlichen Selbstverwaltung regelt, und daß das Ukrainische neben dem Polnischen Amtssprache wird.

Rücktritt des Schweizerischen Geschäftsträgers in Aukland.

Bern, 16. Juli. (Wolff.) Der Schweizerische Ministerresident in Aukland Nunod hat dem Bundesrat das Rücktrittsgesuch einreicht. Der Bundesrat hat dem Gesuch entsprochen.

Carson über Homerule.

Amsterdam, 16. Juli. (Wolff.) „Telegraaf“ zufolge hat Sir Edward Carson in Belfast eine Rede gehalten, in der er scharf gegen die irische Homerule Stellung nahm. Er sagte, es gebe zwei politische Richtungen für Irland. Die eine sei die Beibehaltung der Union in der Form zum König, die andere die irische Republik. Wenn die Londoner Regierung trachten sollte, Homerule einzuführen, so würde er, wenn es sonst niemand tun würde, nochmals die vorläufige Regierung übernehmen, um die dargelegte Homerule zu beseitigen. Er werde dabei alle loyalen Männer von Ulster hinter sich haben.

Amsterdam, 17. Juli. (Wolff.) (Eig. Drahtber.) „Algemeen Handelsblad“ schreibt: Der Korrespondent der „Westminster Gazette“ fragt, warum Carson für seine irische Rede in Belfast gerade diesen Zeitpunkt wählte und ob die irische Frage auch die jetzige Koalition zerlegen würde. Es sei deutlich, daß Carson seit einiger Zeit die Absicht verfolgte, die jetzige Regierung zu stürzen.

Mauras Demission angenommen.

London, 17. Juli. Die „Times“ melden aus Madrid, daß der König die Demission Mauras angenommen und Dato zu sich entboten habe.

Madrid, 17. Juli. (Soaas.) Die Demission des Kabinetts erfolgte wegen der Abstimmung über die Wahlmischräde. Dato lehnte die Neubildung des Kabinetts ab.

Der amerikanische Senat wünscht Aufklärung.

(Eigener Drahtbericht.) Amsterdam, 17. Juli. (Wolff.) Nach einer Meldung des „Telegraaf“ hat der amerikanische Senat eine Entschließung angenommen, in der Präsident Wilson um Aufklärung über die Verhandlungen erludt wird, die Lodge und anderen Senatoren zufolge in den letzten Jahren zwischen Deutschland und Japan abgehandelt worden seien. Ein Teil der Senatoren betrachtet die Schantungfrage als den schwächsten Punkt des Friedensvertrages.

Demonstrationsstreik der Sozialdemokraten Europas.

Nach einer Meldung aus Weimar hat der sozialdemokratische Parteivorstand Anfang Juli seine Organisationen um allgemeinen Demonstrationsveranstaltungen in ganzen Lande angefordert, um sowohl gegen die Reaktionen von rechts, die die Revolution für die jetzigen traurigen Verhältnisse allein verantwortlich machen, als auch gegen die unabhängigen Sozialdemokraten, die auf die Weltrevolution hoffend, durch andauernde Rufe die Gefühlsregung unserer Wirtschaftsklassen konzentriert. Stellung zu nehmen. Da die Sozialdemokraten Englands, Frankreichs und Italiens am 21. Juli gegen den Gewaltverfall der Entente-Regierungen demonstrieren, so hat der sozialdemokratische Parteivorstand die Parteigenossen aufgefordert, die geplanten Veranstaltungen gleichfalls an diesem Tage stattfinden zu lassen und den 21. Juli zu einem Demonstrationsstag der Sozialdemokraten Europas zu gestalten. Der Parteivorstand schreibt an der Beteiligung am Generalstreik.

Es kann kein Zweifel sein, daß auch wir den Bestrebungen der sozialistischen Parteigenossen in den Entente-Ländern, die sich gegen den Weltfrieden und gegen revolutionäre Unterdrückungsversuche der Entente richten, mit der warmsten Sympathie gegenübersehen; aber über die Rolle, die das deutsche Proletariat bei dieser Aktion zu spielen hat, kann man nicht zweifeln. Die Demonstration richtet sich doch gegen die Reaktionen von rechts, die die Welt den Schand- und Gewaltverfall von Versailles aufzuzwingen haben, das aber sind allein die Regierungen der siegreichen Länder, die Regierungen der Entente-Länder. Die gegenwärtige deutsche Regierung ist an den menschlichen und arbeiterfeindlichen Bedingungen des Versailler Dokuments wesentlich unzulässig. Sie hat bei der ganzen Aktion lediglich eine passive Rolle gespielt. Sie hat das Dokument unter dem schärfsten Zwang der Waffen und der Wägen unterzeichnet müssen, über ihre Proteste sind die hochbedeutenden Sieger zur Tagesordnung übergegangen. Was also hat es für einen Zweck, wenn das deutsche Proletariat am 21. Juli mit demonstriert? Von deutscher Seite ist vor dem Abschluß des Friedens wahrlich genug demonstriert und protestiert worden. Man hat damals auf uns nicht gehört und wird heute ebenfalls nicht auf uns hören. Wenn die Unabhängigen jetzt plötzlich eine große Protestbewegung inszenieren, so wollen sie mit dieser Geste offenbar versprechen machen, daß sie es nicht lassen sind — sie und niemand anders — die durch ihr überreifes Ungemessenheit um Unterzeichnung des Friedens jede einheitliche Protestaktion des deutschen Volkes gegen die uns auferlegten Friedensbedingungen unmöglich gemacht haben. Wollen die Unabhängigen jetzt gegen die deutsche Regierung protestieren, weil diese getan hat, was sie — die Unabhängigen — selbst am eifrigsten gefordert haben? Jedes Kind in Deutschland weiß, daß weder die jetzige Regierung Deutschlands, noch irgend eine andere die Macht hat, die Friedensbedingungen zu ändern. Die wirklichen Machthaber sind den Herren des deutschen Proletariats nicht erreichbar, sie sitzen in Paris, London und Washington. Wenn die Sozialisten dieser Länder gegen diese Gesellen, so haben sie unter ganzem Schwarm, aber helfen können wir ihnen dabei nicht.“

Den Streikvögeln ins Stammbuch.

(Eigener Drahtbericht.) Berlin, 17. Juli. Von zuständiger Seite wird dem B.V. mitgeteilt: Im Hinblick auf die gegenwärtige Lohnbewegung in der preussischen Regierung vom 2. Januar 1919 zu erinnern, als die Vertreter der Unabhängigen im preussischen Kabinett saßen. In dieser Beziehung ist u. a.: Die Lohnbewegung unter der Arbeiterschaft hat in der letzten Zeit nach Art und Umfang eine Entwicklung angenommen, die die schärfsten Befürchtungen erweckt und weite Gebiete der Gütererzeugung zum Erliegen bringen muß. Es wird deshalb zur gebieterischen Pflicht der Staatsregierung, den Auswärtigen der Lohnbewegung über das Maß des Erträglichen hinaus mit Festigkeit entgegenzutreten.“ Im Anschluß daran ist auch auf die Ausführungen des „unabhängigen“ Stadtverordneten Zuber in der Berliner Stadtverordnetenversammlung vom 12. Juli 1919 hinzuweisen, in der er erklärte, daß mit der regellosen Gewährung von Zulagen von einzelnen Beamtenkategorien Schluß gemacht werden müsse.

Die Denkschrift über die Eisenbahnerlähne in Preußen.

(Eigener Drahtbericht.) Berlin, 17. Juli. (Wolff.) Die Denkschrift über die Eisenbahnerlähne ist dem Staatsminister der Landesverwaltung zugegangen und wird voraussichtlich noch vor der Vertagung zur Verhandlung kommen.

Bürgerfreier in Stettin.

(Eigener Drahtbericht.) Stettin, 17. Juli. Der Bürgerstreik zur Abwehr des Generalstreiks der Arbeiter hat heute begonnen. Die meisten Läden, auch die Lebensmittelgeschäfte und Kontore, sind geschlossen, ebenso sämtliche Apotheken und Volkshäuser. Auch die Metzgereien verweigern die Vorkaufsmittel. Das Elektrizitätswerk ist im Betriebe, da es ab und zu noch Gas nach Leutnowwasser. Der Eisenbahnerstreik acht bis jetzt noch nicht weiter. Auch die Postbeamten im Dienst. Der Dampferverkehr nach den Seebädern wurde bereits gestern trotz der Arbeitslosigkeit der Schiffsbetriebe einachelt werden, da die Ausländer die Abfahrt der Dampfer abwarten zu verhindern beabsichtigen. Für heute abend 6 Uhr werden Arbeiter und Anestellte vom Streikkomitee durch Mußblätter an Versammlungen nach den verschiedenen Lokalen der Stadt gerufen. Gebrochen wird über das Thema: „Grund und Ziele des Generalstreiks.“

Zum Ausfall in der Schwarzwalder Uhrenindustrie.

Schramberg, 17. Juli. Die gestern in Rottweil vor dem Schlichtungsausschuß geführten Verhandlungen zwischen den Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Schwarzwalder Uhrenindustrie führten zu einem Vergleich, nach dem sich die Industriellen bereit erklärten, im Oktober einen bezahlten Urlaub von 3 1/2 Tagen zu gewähren, und zwar auch den Arbeitern unter 18 Jahren und unbekannt davon, ob durch zu geringen Kohlenmangel eine Arbeitseinstellung eintritt. Da die Schwenninger Arbeiter sich noch im Streik befinden, wird erwartet, daß sie nach der Arbeit wieder aufnimmt.

Beilegung des Buchdruckerstreiks in der Schweiz.

Kürsch, 16. Juli. (Wolff.) Die Delegiertenversammlung der schweizerischen Buchdruckervereine hat gestern den Vermittlungsausschuß des schweizerischen Volkswirtschaftsdepartements auf Herabsetzung der Arbeitszeit der Maschinenführer auf 44 Stunden in der Woche angenommen. Da der Lohnarbeitsvertrag ebenfalls dem Vorläufer ausgesetzt hatte, wird die Arbeit im Schweizer Buchdruckgewerbe sofort in vollem Umfang wieder aufgenommen.

Der englische Bergarbeiterstreik.

(Eigener Drahtbericht.) London, 17. Juli. Wie der „Telegraaf“ aus London meldet, hat die Bergarbeiterkonferenz gestern den Antrag abgelehnt, der fordert, die Leitung der Konferenz zu ermächtigen, im Notfall ohne vorherige Zustimmung unter den Mitgliedern des Bergarbeiterverbandes den Ausfall auszurufen. Der Antrag zielt offenbar darauf ab, den Streik auf dem 21. Juli zu ermöglichen. Heute wird die Konferenz über die Frage der Erhöhung der Kohlenpreise und über das Angebot Bonar Law in Unterhandlung verhandeln.

Der Ausfall in Italien.

(Eigener Drahtbericht.) Basel, 17. Juli. Nach den letzten Nachrichten von der italienischen Grenze dauert der Streik in Italien weiter an. Es kam wiederholt zu Zusammenstößen zwischen den Streikenden und der Gendarmerie, wobei es eine Anzahl Tote und Verwundete gab. Der Verlagerungsort wurde in Neapel verlegt.

Der Ausfall der amerikanischen Seelen.

Amsterdam, 17. Juli. Das Pressebüro Radio meldet aus New York, daß die Seelen der Seemannsverbände erklären, daß die Ausfallstreik gegen den Rat des Schiffbauers getreift hätten und daß auch die Seelen und die Matrosen sich dem Ausfall angeschlossen hätten. 14 000—15 000 Mann sind im Ausfall, 400 Schiffe liegen im New Yorker Hafen still.

Neuport, 17. Juli. (Soaas.) Die Benennung von 18 Regatenschiffen in den Hafen von Neuport ist in den Ausfall getreten. Die Besatzungen der holländischen, dänischen, schwedischen und norwegischen Schiffe sind ebenfalls ausfallig.

Der Landarbeiterstreik.

(Eigener Drahtbericht.) Amsterdam, 17. Juli. Wie das Pressebüro Radio meldet, liegen im Hafen von Neuport infolge des Ausfalls 1 500 000 Tonnen Schiffsraum müßig.

Die Ansicht des Landwirtschaftsministeriums.

(Eigener Drahtbericht.) H. Weimar, 17. Juli. An maßgebender Stelle, d. h. im preussischen Landwirtschaftsministerium, wird die Lage als nicht besonders schwierig aufzufassen. Nach den amtlichen Rissen betragt die Gesamtzahl der a. S. in Preußen streikenden Landarbeiter etwa 1500. Es handelt sich dabei hauptsächlich noch um die Streiks in Bommern, die dadurch eine größere Bedeutung gewinnen, daß der Belauerunsaufstand über Bommern verhängt ist. An Kreisen des Landwirtschaftsministeriums hält man die Verhängung des Belauerunsaufstandes für kein gutes Mittel, da es am Überhand aceret habe. Auch ist man der Ansicht, daß in den bommerschen Verhältnissen die Arbeiter aber zum Teil mit Schulda in den Streiks sind. Der bommersche Landbau fest sich in scharfer Gegenüberstellung auf dem bommerschen Landarbeiterverband und überhaupt gegen die Organisation der Landarbeiter in sozialistischen Verbänden, was viel böses Blut macht. Es wird als notwendig bezeichnet, daß auch in Bommern die Gutsherren sich den gegenwärtigen Verhältnissen etwas mehr anpassen. Wenn nicht durch übermäßige scharfe Maßnahmen der Streik aufhört, hat in Preußen kein Grund zur Verunsicherung vor, zumal da die Ernte erst in 14 Tagen bis 3 Wochen eintritt.

Seit November ist im ganzen in 12 Kreisen und 560 Ortschaften von 5000 bis 6000 Landarbeiter getreift worden. Politischen Hintergrund hatte der Streik im Kreis Danziger Hühns-Karlsruhe, der fast einen Monat dauerte, aber jetzt beigelegt ist. Die übrigen Streiks dauerten nur wenige Wochen oder Tage. Es besteht noch der Streik im Kreis Ranzburg im Regierungsbezirk Straßburg. In Bommern hat der polnische Landbau die auf gesellschaftlicher Grundlage errichteten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände abgelehnt und wird eigene Schlichtungsausschüsse auf amtlich paritätischer Grundlage einleiten. Zunächst ist die Ernte nicht gefährdet. Die Gewerke ist fast reiflos geborgen. Tarifverträge auf gesellschaftlicher Grundlage, d. h. auf Vereinbarung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, haben überall ausgereicht, die Streiks zu beenden.

Der preussische Landwirtschaftsminister Braun hat, wie wir erfahren, den Reichspräsidenten gebeten, die sofortige Aufhebung des Belagerungs-

Schule und Kirche.

Das Landesmissionsfest in Bretten.

(Eigener Bericht.)
Sonntag und Montag wurde unter überaus starker Beteiligung aus Nah und Fern in Bretten das Landesmissionsfest begangen. Es wurde um 11 Uhr vormittags durch einen in der Stiftskirche abgehaltenen Missions-Gottesdienst für Schüler eingeleitet.

rend des Krieges die Zahl der zum Christentum übergetretenen Chinesen sich auf über 2000 belief. Am grausamsten sind die Engländer auf der Goldküste gegen die Missionen vorgegangen. Die folgenden Gebete sprach Dekan D. Herrmann von Bretten. Dazwischen trug der Kirchenchor einige Lieder vor, während die Gemeinde Choräle sang, die durch die Begleitung auf der Orgel und des Pianofortes eine wichtige Wirkung erzielten.

Sport.

Bei der Karlsruher Regatta

am nächsten Sonntag wird sich die Seidelberger Universität durch die Seidelberger Rudervereinigung und die Technische Hochschule Karlsruhe durch den hiesigen Akademischen Ruderverein in akademischen Vereinen an dem Wettkampfbereich beteiligen. Bei dem vorläufigen Vorläufer der beiden Mannschaften voraussetzt, darf man auf die Entscheidung gespannt sein.

herborrauchendes Können, das sie sich neben aromatischem Kiefern auch durch längeres Zusammenarbeiten erworben haben. Dagegen haben die hiesigen Schüler im Rudern und in der Memnania erst dieses Frühjahr das Rudern erlernt, doch haben sich einzelne Mannschaften drastica entwickelt. Es geht ein frischer Sportsaft durch unsere Schüler und mit Neuerlei feben sie der Entscheidung am Sonntag entgegen.

Fußball.

Entscheidung um die Bezirksmeisterschaft. Nachdem Phönix am Samstag sein letztes Verbandsspiel gegen Franconia verloren hat, stehen Phönix und Mühlburg mit gleicher Punktzahl an erster Stelle. Mühlburg hat jedoch ein Spiel weniger, das am kommenden Samstag abends, den 19. Juli 1919, um 6 Uhr, gegen A. F. V. auf dem Sportplatz in Mühlburg ausgetragen wird.

Spielvereinigung Fürt h - F. G. Phönix-Memnania. Der Karlsruher Sportgemeinde steht für Samstag, den 26. und Sonntag, den 27. Juli, ein seltenes sportliches Ereignis bevor. Der letzte Deutsche Fußballmeister der Friedenszeit, die Spielvereinigung Fürt h, wird mit seiner ersten Mannschaft dem F. G. Phönix-Memnania und dem Karlsruher Fußballverein im Wettkampf gegenüberstehen. Es wird ein lehrreicher Kampf werden, einmal wieder dem der Vollendung nahen Kombinationspiel der gefürchteten Fürt her Elf folgen zu können. Allerdings spielt Fürt h nicht jenes einfache, laubere Kombinationspiel der jüngsten pietätären Mannschaften, sondern vermag infolge ausgeprägten Täuungsvermögens, das sich auf herborragende Ballkunst und Technik der einzelnen Spieler stützt, die gegnerische Mannschaft mitunter ganz unter den Bann seines Systems zu bringen.

Vom Wetter.

Berichte des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydrographie.

Hoher Druck erstreckt sich noch ziemlich weit bis Deutschland herein, unter seiner Einwirkung herrscht im Westen und Süden des Reiches vorwiegend heiteres und trodenes Wetter; die Temperaturen sind im Steigen begriffen. In Ostdeutschland betruachtet ein dort befindliches Minimum noch Trübung, irrischweise auch Gewitterregen (Danzig 22 mm). Die Windverhältnisse an der holländischen Küste und gleichzeitiges Fallen des Barometers dabeilist lassen vermuen, daß nordwestlich davon ein neues Minimum im Vordringen begriffen ist; vorwiegend wird dieses aber in größerer Entfernung von uns auf nordöstlich gerichteter Bahn weiterziehen, so daß hoher Druck die Herrschaft behalten wird.

Vorausichtliche Witterung bis Freitag, den 18. Juli, abends: meist schwache südwestliche Winde, wenig bewölkt bis ziemlich heiter, vorwiegend trocken, etwas wärmer.

Table with columns: Ortszeit, Barom., Therm. in C, Windst., Regen, etc. Data for 16. Juli 1919.

Table with columns: Rhein-Wasserstände, morgens 6 Uhr, 17. Juli, 18. Juli. Data for Schutterinsel, Rehl, Maxau, Mannheim.

Hart-Spiritus in Dosen. Badenia-Drogerie, Kaiserstr. 245, Tel. 573. Drogerie Walz, Kurvenstr. 17, Tel. 189. Weiße Stoffschuhe Größe 35-40 vorrätig. F. Kury, Kaiser-Allee 43.

Große Auswahl in Schuhbedarfsartikeln aller Art. Für Schuster u. Heilmschusterei stets Eingang von Neuheiten in praktisch. Schusterwerkzeugen, Gummiwaren wie Gummiabsätze, Sohlen und Platten, Gummisauger und Gummischläuche, Bürstenwaren, Leisten. Schuhmacher u. Wiederverkäufer erhalten Rabatt. A. Eisner, Karlsruhe i. B. größtes Spezialgeschäft am Platze. Verkaufsstellen: Kaiserstr. 23, nahe Durlacher Tor, Kaiserstraße 70, nahe Marktplatz, Büro, Engros-Lager u. Versand: Zähringerstraße 50.

Schreibmaschinen Reparaturen und Reinigung. Reelle Bedienung und billige Preise. Karl Hafner, Karlsruhe i. Baden Amalienstraße 53. Telefon 1326. Billiger Räumungs-Verkauf wegen Geschäftsbekämpfung.

Elektr. Licht- u. Kraft-Anlagen Telegraphen- u. Telefon-Anlagen. Abgabe sämtlicher Installationsmaterialien an Wiederverkäufer und Installateure zu Engros-Preisen. Elter-Boilerrohr wird abgegeben! Grund- & Dehmichen. A. Muffinger Poststraße 8. Telefon 1700.

Zement-Gehweg-Platten 30x30x4,5 cm stark, glatt, 4-, 9- und 25-Pfündig, in Baggonladung, sofort lieferbar, außerdem ein Pfündig. Dr. Kaß-Dübel. Ferd. Ritter, Offenbürg.

Delfabrik Königsbach täglich Verarbeitung von Keys. Mahlschneide sind erforderlich.

KARLSRUHER REGATTA am Sonntag, 20. Juli, auf dem Mittelbecken des Rheinhafens - 2 Minuten von der Haltestelle der elektrischen Straßenbahn. Vormittags 8 Uhr: Vorrennen. 17 Vereine mit 52 Booten und 308 Ruderern. Nachmittags 1/2 3 Uhr: Beginn der Regatta. Während der Rennen: GROSSES KONZERT der gesamten Grenadierkapelle. Leitung: Obermusikmeister Bernhagen. Stehtribünen. Großes gedecktes Wirtschaftszelt. Restauration. In den bekannten Vorverkaufsstellen: 1. Platz 2.50 Mk., 2. Platz 1.- Mk. - Tageskasse: 3.- Mk. und 1.50 Mk.

Städtisches Konzerthaus Freitag, den 18. Juli 1919. Frühlingsluft. Operette in 3 Akten von Karl Lindau und Julius Wilhelm. Musik nach Motiven von Josef Strauß. Zusammenestellt von Ernst Reiterer. Anfang 1/2 8 Uhr. Ende 10 Uhr. Neu eingetroffen! 1. Kautabak vorzügliche Qualität. Raucht abak reine Ware. Zigaretten in allen Preislagen. Zigarren-Geschäft Gustav Störzinger. Karlstraße 49 (am Karlstor). Tel. 5092.

Reisegepäck-Verficherung gegen Verlust, Diebstahl, Feuer u. Einbruchdiebstahl für Reisen u. Aufenthalt in alle Länder. Prämie 1000.- gültig 2 Monate vom Tag der Zahlung der Prämie (Datum d. Reisetickets) an. Einlöslich mit dem Reiseticket bei der Reisekasse auf Postkonto 10 850 C. Büblers, Verficherungsbüro, Karlsruhe, Kaiser-Allee 43. Telefon 5163. Karlsru. Fußballverein e. V. Geschäftsz. Zirkel 29. Tel. 1193. Samstag, 19. Juli, 8 Uhr im Moninger Garten-Saal Jahresversammlung. Vollständiges Erscheinen der Mitglieder erbeten. Sonntag, 27. Juli Fürt h - K.F.V.

Leinöl gekocht, gar. rein eingetroffen. Drogerie W. Tscherning, Amalienstr. 19. Tel. 519. K.F.C. PHÖNIX PHÖNIX - ALEMANNIA Jeden Dienstag und Donnerstag abend Fußball- u. Leicht-Athlet.-Training. Biertisch: Freitag abend im Löwenrachen. Sonntag, den 27. Juli: Teilnahme unserer Leichtathleten an den Wettkämpfen in Baden-Baden. Sonntag nachmittags 4 Uhr Tanzausflug nach der Wilhelmshöhe Ettlingen. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Erfindungen Patent-Bureau Gebrauchsmuster H. Kaller Warenzeichen Pforzheim. Ein groß. Volt. elektr. Bügeleisen ist einetroffen. Grund & Dehmichen. Badstraße 26. Junger Herr sucht Damenbekanntschafft Angebote mit Bild unter H 18 Bruchst. postlag. Der Vorstand.

Vereinigung der aktiven Unteroffiziere Ortsgruppe Karlsruhe, e. V. Am Sonntag, den 20. Juli, abends 1/2 8 Uhr, findet in der Festhalle ein Wohltätigkeits-Konzert zugunsten der Kriegsgefangenen der Stadt Karlsruhe statt. Mitwirkende: Opersängerin Frau v. Ernst v. Landestheater Karlsruhe Kammer Sänger Herr Bussard v. Gesangverein Concordia mit Quartett. Leitung: Herr Chormeister Lechner. Verstärkte Kapelle des Bad. Leib.-Gren.-Regts. 109. Leitung: Herr Obermusikmeister Bernhagen. Am Flügel: Herr Stürmer. Eintrittspreise: Abt. I, Saal 2 Mk. Abt. I, untere Galerie rechts u. links 2 Mk. Abt. II, Saal 1.50 Mk. Abt. II, unt. Galerie rechts u. links 1.50 Mk. Obere Galerie (Balkon) I. Abt. 2 Mk. Obere Galerie II. u. III. Abt. 1.50 Mk. Galerie III. Abt. 1 Mk. Vorverkauf in der Musikalienhdlg. Fr. Müller, Kaiserstraße 124 und Musikalienhdlg. Doert, Kaiserstr. 159.

Das PALAST Das Paradies der Lebewelt Täglich ab 3 Uhr Großstadt-Sittendrama in fünf Aufzügen. LICHTSPIELE

Maxim Vornehmstes Weinrestaurant Herrenstr. 16. am Platze. Telefon 419.

Salon- und Wannenbäder

Stadtgarten. Nur bei gutem Wetter Freitag, den 18. Juli 1919, abends von 7 1/2 - 11 Uhr, Volkstüml. Musikaufführungen des Orchester-Vereins Karlsruhe Leitung: Kapellmeister Karl Krohne. Eintrittspreise wie bekannt, zusätzlich 5 Bld. Lustbarkeitssteuer.

Kühler Krug. Freitag, den 18. Juli 1919, abends 8 Uhr Frankfurter Künstler-Quartett Mitglieder der Oper zu Frankfurt a. M. Besitzer des Kunstscheines laden zu einem gemütlichen Abend ein. Saaleröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. Vorverkauf im Kühler Krug u. an der Abendkasse I. Platz Mk. 2.30, II. Platz Mk. 1.30 inkl. Lustbarkeitssteuer.

Sportplatz Mühlbürg an der Honselstraße. Haltestelle der Straßenbahn-Linie 1 und 2 Samstag, den 19. Juli 1919, abends 6 Uhr Entscheidungsspiel um die Bezirksmeisterschaft K.F.V.-Mühlbürg.

Im Abonnement I. Klasse Mk. 2.30, II. Klasse Mk. 1.80, III. Klasse 90 Pf. im Friedrichsbad Kaiserstraße 136. Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

